

SKANDAL

KTS-Geschäftsführer erhält knapp 240 Euro pro Stunde!

Anfang November erreichte einige Personen in den Kaiserbädern ein britisches anonymes Schreiben, welches für einen Wirbel sorgte. Mittlerweile wurde der Fall auch von der Presse aufgegriffen und auch die Gemeindvertretung hat sich mit dem Fall beschäftigt.

Fakt ist, daß der Geschäftsführer der Kaiserbäder Tourismus Service GmbH (KTS), der Rechtsanwalt Robert Schmidt aus Greifswald, jährlich ca. 200.000 Euro zuzüglich großzügiger Reisekosten, bei einem monatlichen Arbeitsauf-

wand von gerade einmal 70 Stunden erhalten haben soll. Dies entspräche einem Stundenlohn von 238 Euro!

Doch es kommt noch besser: zugeschanzt wurde dem Rechtsanwalt dieser Traumjob vom Aufsichtsrat der KTS, dessen Vorsitzender bis vor Kurzem der Vize-Landrat Jörg Hasselmann (CDU) war, der als politischer Freund Schmidts gilt.

Natürlich versuchen einige Leute jetzt, ihren Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Doch klar ist, daß der

Vetternwirtschaft!



Christdemokrat Hasselmann diesen Honorarvertrag nicht allein zu verantworten hat. Denn: es sitzen noch mehr Personen im Aufsichtsrat, darunter auch Gemeindevorteiler!

► **Mehr zu diesem Thema auf den nächsten Seiten.**

Der Fall KTS: Erste personelle Konsequenzen

Mit Wirkung vom 05.11.2010 hat Jörg Hasselmann (CDU) den Vorsitz im Aufsichtsrat der Kaiserbäder Tourismus Service GmbH (KTS) niedergelegt. Hassel-

mann selbst gab an, daß der Rücktritt nichts mit den Vorwürfen zu tun hätte, sondern mit der in der Kommunalverfassung verankerten Nichtvereinbarkeit von Mandat und Beruf.

Natürlich! Das ist dem Herrn von der CDU natürlich erst aufgefallen, als es eng wurde. Vize-Landrat Ostvorpommern bleibt er übrigens trotzdem!

GEMEINDEVERTRETERSITZUNG AM 04.11.2010

NPD-Fraktion fordert lückenlose Aufklärung!

Als es auf der Gemeindevertretersitzung am 04.11.2010 um die Änderung der Tagesordnung ging, stellte die NPD-Fraktion den Antrag auf öffentliche Stellungnahme des Bürgermeisters zum Thema Kaiserbäder Tourismus Service GmbH (KTS) und dem Honorarvertrag mit Robert Schmidt.

An Öffentlichkeit und Aufklärung dieses „Politkrimis“ schien jedoch kein Interesse zu bestehen – zuviel hat man anscheinend in diesem weiteren traurigen Kapitel von Vetternwirtschaft und Parteienfilz zu verbergen. Der nationale Antrag wurde abgelehnt. Während einige Gemeindevertreter sicherlich hofften, so etwas verheimlichen zu können, brachten andere nicht den Mut auf, einem Antrag der NPD zuzustimmen.

Der Fall KTS nichtöffentlich abgebügelt

Einem Antrag der HBU-Fraktion, dieses Thema im nichtöffentlichen Teil zu behandeln, wurde mehrheitlich zugestimmt. Allerdings wurde das brisante Thema dann aufgrund von Zeitdruck regelrecht durch-

gepeitscht, die Diskussion nicht zu Ende geführt und ein Antrag auf Beurlaubung von Robert Schmidt gar nicht erst abgestimmt. Dieses Szenario hatten die Nationalen vorausgesehen, weshalb sie die Sache unbedingt im öffentlichen Teil, in Anwesenheit der Bürger klären wollten. Dann hätte man nämlich nicht so einfach ausweichen und die Sache abwürgen können.

Die NPD-Fraktion kündigte an, in Sachen Eigenbetrieb, KTS und UTG weiter am Ball zu bleiben und noch mehr Licht in das Dunkel zu bringen. Denn Fakt ist, daß noch mehr Personen in diese Geschichte verwickelt sind und nun versuchen abzulenken, in dem sie nur aufklären wollen, wie interne Papiere an die Öffentlichkeit gelangen konnten, was an sich nebensächlich ist.

„FÜRSTLICHES“ HONORAR



Robert Schmidt erhielt als Geschäftsführer der KTS laut Honorarvertrag jährlich:

- ▶ ca. 200.000 Euro für 70 Stunden monatlich - das sind knapp 240 Euro pro Stunde. Zum Vergleich: ein Hart-IV-Empfänger hat nicht ganz 360 Euro im Monat zum Leben!
- ▶ zuzüglich Reisekosten für sich und seine Mitarbeiter (natürlich erster Klasse oder Business-Class);
- ▶ bei Benutzung des privaten PKW's 0,50 Euro je gefahrenen Kilometers;
- ▶ Erstattung aller Aufwendungen und Auslagen, die sich aus seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt für die KTS ergeben.

Ein mehr als fürstliches Gehalt! Möglich nur durch Vetternwirtschaft und Parteienfilz in der BRD!

WER SITZT IM AUFSICHTSRAT DER KTS



Wir haben es auf ersten Seite bereits angedeutet, im Aufsichtsrat sitzen noch mehr Personen, als nur Herr Hasselmann. Darunter auch Gemeindevertreter:

- | | |
|--|---|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. Herr Jörg Hasselmann <i>(CDU - zurückgetreten)</i> 2. Herr Jörg Berner 3. Herr Thomas Heilmann <i>(Usedomer Ring)</i> 4. Herr Uwe Hanusch <i>(Hoteldirektor)</i> 5. Herr Rolf-Ingo Ohlemann <i>(ehemaliges Gemeindeglied)</i> | <ol style="list-style-type: none"> 7. Herr Helmut Friedrich <i>(UWG der Kaiserbäder / HBU-Fraktion)</i> 8. Herr Robert Schmidt <i>(Geschäftsführer der KTS und UTG)</i> 9. Herr Dietmar Gutsche <i>(Kurdirektor und stellv. Bürgermeister)</i> 10. Herr Frank Lettner <i>(SPD, Fraktion BI/Die Linke)</i> |
|--|---|

Natürlich wollen wir auf garkeinen Fall damit andeuten, daß alle diese Personen etwas mit dem Honorarvertrag von RA Robert Schmidt zu tun haben. Aber: sie alle hätten darauf einwirken oder aber, zumindest davon wissen können!

Kommentar

Liebe Landsleute,

als wir im Sommer 2009 als Fraktion in die Gemeindevertretung eingezogen sind, haben mit so mancher Schweinerei gerechnet. Aber das, was wir vorgefunden haben, übertraf ehrlich gesagt alle unsere Erwartungen. Die Sache mit der KTS und dem Honorarvertrag ist dabei nur die Spitze des Eisberges.

Interessanterweise ging es einigen Gemeindevertretern auf der letzten Sitzung nur darum, wie interne Unterlagen das Rathaus verlassen konnten. Man wollte allen Ernstes einen Ausschuß gründen, um eigene

Ermittlungen anzustellen. Völlig absurd! Für uns ist es völlig nebensächlich, wie diese Internas an die Öffentlichkeit kamen. Fakt ist nur, daß sie der notwendige Stein des Anstoßes waren und diese Schweinerei ans Tageslicht brachten. Dafür müßte man den verantwortlichen Personen fast schon dankbar sein.

Am 08.11.2010 tagte auch der Kreistag. Dort stellte ich der Landrätin die Frage, ob in Sachen KTS ein Verstoß gegen das Vergaberecht vorliegt und ob es weitere Ermittlungen gäbe. Die Antwort war natürlich ausweichend. Die verlogene Presse erwähnte



am nächsten Tag weder diese Initiative noch, daß wir auf öffentliche Klärung des Falles in der letzten Gemeindevertretersitzung drängten. Aber was will man von ehemaligen SED-Blättern schon erwarten!?

Ihr,
Michael Gielnik
- NPĐ-Gemeindevertreter -

KAMPF DEM LOBBYISMUS!

Liebe Bürger der Gemeinde,

es ist ziemlich befremdlich, daß es bisher keinen Gemeindevertreter interessiert hat, was die Kontrolle und Aufsicht des Eigenbetriebes und deren Gesellschaften betrifft, obwohl dies zu den Pflichten und Rechten der Abgeordneten gehört. Wir werfen die Frage auf, ob hier aus Unwissenheit, Ignoranz oder gar aus Angst die Augen verschlossen wurden? Oder aber, ob durch Versorgungsposten politische Entscheidungen beeinflusst wurden? So wurde beispielsweise bekannt, daß der Fraktionsvorsitzende der CDU, Joachim Saupe, ein Anstellungsverhältnis als „Assistent der Geschäftsführung“ der KTS bekleidet hat, ohne

daß erkennbar gewesen ist, welche Aufgaben er wahrgenommen hätte. Ein Posten, der selbst bei den Aufsichtsratsmitgliedern Unbehagen auslöste und Personalkosten in Höhe von 24.000 Euro jährlich verursachte. Das Anstellungsverhältnis wurde zwar 2009 beendet, aber fragwürdig bleibt, wie diese Postenvergabe vorerst unbemerkt bleiben konnte.

In Anbetracht der bisherigen Informationen stellt sich uns weiterhin die Frage, von wem die politische Entscheidungsgewalt und Einflußnahme in den Kaiserbädern dominiert wird. Das bestehende Netzwerk aus Eigenbetrieb und von Gesellschaften läßt eine politische Transparenz keinesfalls erkennen. Man hat das Gefühl, daß diese sich



Enrico Hamisch

der politischen Entscheidungsgewalt und Kontrolle durch die Gemeindevertretung entziehen wollen. Die Gemeindevertretung als politisches Machtinstrument im Dienste der Wirtschaftslobbyisten? Sollten sich alle bisherigen Fakten bestätigen, ist es höchste Zeit, diesen Sumpf radikal auszutrocknen!

Ihr,
Enrico Hamisch
 - Vorsitzender der NPD-Fraktion
 in der Gemeindevertretung -

Kurdirektor Gutsche verweigert Auskunft

Seit Juni 2010 fordert die NPD vom Eigenbetrieb, vertreten durch den Kurdirektor Dietmar Gutsche, eine lückenlose Aufklärung für das im Jahr 2008 veranstaltete politische Spektakel „UsedomRock“, welches der Gemeinde mit

einem Defizit von 142.000 Euro teuer zu stehen kam. Gutsche verweigerte bisher eine ausführliche Auskunft! Die NPD hat mittlerweile Beschwerde bei der Rechtsaufsicht eingelegt. Wie die Bilanz für das Anti-Rechtskonzert 2010 ausgefallen ist,

konnte oder wollte der Herr Kurdirektor noch nicht verraten. Aber man braucht kein Hellseher zu sein, um zu erahnen, daß auch in diesem Jahr wieder einige tausend Euro vor die Säue geschmissen worden sein dürften.